

CHRISTINA STAUSBERG

Eintreten für eine offene Welt – mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken

Als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen und als Forum für die (kritische) gesellschaftliche Auseinandersetzung übernehmen Kunst und Kultur – und mit ihnen die Kulturpolitik – eine wichtige Initiativfunktion für die Stärkung von Freiheit und Demokratie. Sie legen den Finger in die Wunde, thematisieren gesellschaftliche und politische Entwicklungen und Missstände und tragen zur Entwicklung von Haltungen und Werten bei. Sie sind essentieller Teil der lebendigen Zivilgesellschaft in den Städten, denen eine besondere Bedeutung für den demokratischen Willensbildungsprozess zukommt. Damit trägt auch die kommunale Kulturpolitik Verantwortung für die Stärkung der demokratischen Werte. Darüber hinaus sind aber natürlich alle gesellschaftlichen Kräfte, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, gefordert, sich für den Erhalt der Werte einer offenen Welt einzusetzen und dies in praktisches Handeln umzusetzen.

Zunahme nationalistischer und rechtspopulistischer Tendenzen in Deutschland und Europa

Die politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa, aber auch darüber hinaus, sind durch zunehmende autoritäre, nationalistische und rechtspopulistische Tendenzen gekennzeichnet, die das politische Klima und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und letztlich zu einer Bedrohung für die Demokratie werden könnten. Polen und Ungarn sind nach den Wahlsiegen und der Übernahme der Regierung durch rechtspopulistische, nationalistische Parteien auf dem Weg zu autoritären Staaten. Politische Erfolge ähnlich ausgerichteter Parteien drohten auch in den Niederlanden und in Frankreich – anders als Polen

und Ungarn alte und etablierte westliche Demokratien. Obwohl Geert Wilders in den Niederlanden weniger erfolgreich war als zunächst angenommen, überrascht die plötzliche Popularität einer fremden- und europafeindlichen Haltung in einem Land, das traditionell eigentlich als besonders tolerant und weltoffen gilt. Auch der Brexit ist durch nationalistische Bestrebungen und fremdenfeindliche Ressentiments befeuert worden. Der Regierungswechsel in den USA – bislang Garant einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft – bestätigt diese Entwicklung ebenso wie der zunehmende Nationalismus und Autoritarismus in der Türkei.

Durch den Einzug der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) in den *Deutschen Bundestag* gewinnt die Thematik auch unmittelbar für Deutschland selbst eine neue Dynamik. Erstmals seit den fünfziger Jahren ist damit wieder eine rechtspopulistische Partei im deutschen Parlament vertreten, die zumindest in Teilen völkisch-nationalistische und ausländerfeindliche Thesen vertritt. Mit knapp 13 Prozent ist die Partei zur drittstärksten Kraft im Bundestag gewählt worden. Auch wenn im Vergleich zu anderen europäischen Ländern rechtsradikale Positionen damit in Deutschland nach wie vor nur moderat sichtbar werden, handelt es sich doch um eine Zäsur in der deutschen Politik.

Kunst und Kultur wirken politisch

Seither macht das Schlagwort vom *Kulturkampf* die Runde. Der Politikwissenschaftler Samuel Huntington hatte vor rund zwanzig Jahren, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, vor einem »Kampf der Kulturen« vor allem zwischen dem Westen und dem Islam gewarnt. Der Ansatz von Huntington war zwar vereinfachend, aber womit er offensichtlich richtiglag, war der neue Stellenwert, den er der Kultur zumaß, der Sphäre der Werte, Haltungen, Emotionen und Identitäten. Neben ökonomischen Faktoren scheinen zunehmend kulturelle Faktoren auf die politische Entwicklung zu wirken. Der Kulturosoziologe Andreas Reckwitz sieht folgerichtig einen generellen »Kampf um die Kultur«, in dem zwei konträre Kulturverständnisse um die Vorherrschaft ringen, das Kulturverständnis einer globalisierten Welt und ein identitäres Kulturverständnis.

Der *Kulturkampf* findet aber ganz schlicht auch um die Freiheit der Kultur statt. Dort, wo Kunst und Kultur eine autoritäre, nationalistische Politik anprangern oder auch nur abweichende Positionen deutlich machen, sind sie nicht selten – zusammen mit den Medien und der Rechtsprechung – die ersten Opfer einer solchen Politik. So titelte das Feuilleton der *Welt* von einem »Kulturkampf« um das neue Weltkriegsmuseum in Polen. Kunst und Kultur beziehen politisch Stellung, werden aber auch umgekehrt zum Opfer einer repressiven Politik – das sind die beiden Seiten einer Medaille.

Auch in Deutschland zeigt sich, dass die AfD ein besonderes Handlungsfeld im Bereich der Kultur sieht. Die Zeitschrift *bühnengenossenschaft* berichtet in ihrer Ausgabe von April 2017, dass die AfD in ihrem Wahlprogramm eine »deutsche Leitkultur« im Gegensatz zum »Multikulturalismus« anstrebe. Der AfD-Kultur-

politiker Hans-Thomas Tillschneider spreche sich gegen öffentliche Fördermittel für Inszenierungen aus, die den Vorstellungen der *AfD* nicht entsprächen. In den verschiedenen Landesparlamenten, in denen die *AfD* vertreten sei, richteten sich ihre Anträge gegen eine unliebsame Kulturförderung. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeichnet sich die *AfD* durch Anträge aus, die sich gegen einen Ausbau der Kulturförderung richten und die Notwendigkeit der kommunalen Theater und Orchester in Frage stellen.

Was kann kommunale Kulturpolitik leisten?

Der Kulturausschuss des *Deutschen Städtetages* hat sich intensiv mit dem Thema befasst und sieht in der kommunalen Kulturpolitik ein wichtiges Instrument, nationalistischen und rechtspopulistischen Entwicklungen entgegenzutreten. Die Auseinandersetzung um die Kultur findet vor Ort statt, vor allem in den großen Metropolen, zum Teil aber durchaus auch in kleineren Städten. In den Metropolen finden sich die *Hot Spots* von Künstler*innen und Intellektuellen, und im städtischen Raum entwickelt sich eine besonders offene, freie und vielfältige Kulturlandschaft und Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Einstellungen fallen offenbar besonders dort auf fruchtbaren Boden, wo es wenig Erfahrung mit fremden Kulturen gibt und wo die Gelegenheiten zum persönlichen Kontakt und zum Miteinander besonders gering sind, in Gebieten mit geringem Ausländeranteil und im ländlichen Raum. Hier entstehen besondere Herausforderungen im Umgang mit rechtsradikalen Einstellungen. Gleichzeitig darf dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Ballungsräumen mit hohem Ausländeranteil, zum Beispiel im Ruhrgebiet, bedeutende rechte Szenen gibt.

Die Kraft, die Kultur entfalten kann, und die Rolle, die Städte dabei einnehmen können, zeigen sich besonders am Beispiel Dresdens. In der Heimatstadt der rechtspopulistischen Bewegung »Pegida«, die dort jeden Montag Kundgebungen abhält, hat der deutsch-syrische Künstler Manaf Halbouni ein weit beachtetes Kunstprojekt umgesetzt: Drei hochkant aufgestellte Busse erinnerten an Krieg und Vertreibung in Syrien. Die Kunstinstallation hat zu scharfen Konfrontationen mit Anhänger*innen der rechten Bewegungen geführt. Die ehemalige Stellvertretende Intendantin und Chefdramaturgin am *Staatsschauspiel Dresden*, Beate Heine, spricht in einem Beitrag für die Zeitschrift *Die deutsche Bühne* von Dresden als »gespaltener Stadt«. Auf dem Theaterplatz vor der *Semperoper* hatte es eine weitere Konfrontation gegeben: Um den Platz nicht alleine der Deutungshoheit der »Pegida«-Bewegung zu überlassen, wurde dort »Die Stunde, da wir nichts voneinander wussten« von Peter Handke gespielt. Mit einer Störaktion wurde eine der letzten Veranstaltungen durch eine rechte und islamfeindliche Gruppe unterbrochen, die ein mit Kunstblut gefülltes Plastikschaß schlachteten (*SZ-Online* vom 20.06.2017 »Show-Schächten schockt Theater-Gäste«).

Mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken – Thesen

In acht Thesen hat der Kulturausschuss des *Deutschen Städtetages* die Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Kulturpolitik der Städte unterstrichen:

These 1

Die Kultureinrichtungen in der Stadt sind wichtige Orte der demokratischen Auseinandersetzung. Hier findet ein gesellschaftspolitischer Diskurs statt, und demokratische Prozesse werden praktisch erlebt. Dadurch wird ein wertvoller Beitrag zur politischen Willensbildung geleistet.

Die Städte- und Gemeinderäte werden durch das Volk aus der Mitte der Bürger*innen gewählt. Hier werden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die für die Kommune relevanten Entscheidungen getroffen. Die Bürger*innen sind im Rahmen der repräsentativen Vertretung und durch direkte Beteiligungsverfahren in die Entscheidungen eingebunden. Durch ihre Beteiligung und den politischen Diskurs wird Demokratie vor Ort gelebt und für die Menschen erfahrbar gemacht. Die Städte stellen sich der Herausforderung, diesen demokratischen Prozess immer wieder neu zu beleben und so Demokratie *von unten* zu stärken. Die Kultureinrichtungen in der Stadt leisten dafür einen essentiellen Beitrag, so zum Beispiel die Theater, die Bibliotheken, die Museen, die Archive, die Soziokulturellen Zentren, die kulturellen Bildungseinrichtungen als Orte der Begegnung, des Austauschs und der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Der *Deutsche Städtetag* hat bereits Ende 2013 Thesen zur Weiterentwicklung der lokalen Demokratie entwickelt und die gestiegene Bedeutung von Bürgerbeteiligung hervorgehoben.

These 2

Die Kunstfreiheit ist gerade in einer Zeit zunehmender autoritärer, nationalistischer und rechtspopulistischer Bestrebungen in Deutschland und Europa ein hohes Gut. Die Städte fördern und unterstützen aktiv die freien politischen Ausdrucksformen von Kunst und Kultur.

Die Städte wirken daran mit, einer Entwicklung entgegenzutreten, durch die die freie, offene und demokratische Grundordnung der westlichen Welt in Gefahr gerät. Auf der Ebene der Städte muss daran gearbeitet werden, dass sich der gesellschaftliche Diskurs uneingeschränkt entwickeln kann und die künstlerische Freiheit bewahrt bleibt. Die Städte fördern und unterstützen aktiv die politischen Ausdrucksformen von Kunst und Kultur, die weit über die Stadtgrenzen hinauswirken können.

These 3

Die Kulturpolitik unterstützt den demokratischen Diskurs in der Stadt und trägt so zu einer lebendigen Zivilgesellschaft als Basis für die demokratische Grundordnung bei.

Ob Demokratie und Weltoffenheit gelebt werden, zeigt sich vor Ort. Dazu gehört eine lebendige Zivilgesellschaft als Basis für unsere demokratische Grundordnung. Diese Zivilgesellschaft zu stärken und zu unterstützen, ist eine wichtige

Aufgabe der Städte. Die Kulturpolitik ist dafür ein besonders geeignetes Instrument. Sie unterstützt den demokratischen Diskurs in der Stadt und trägt so dazu bei, Demokratie zu leben und erlebbar zu machen.

These 4

Die deutschen Städte sind weltoffen. Sie bieten Raum für die Begegnung und den Austausch verschiedener Kulturen. Sie sind Heimat für alle Menschen, die in ihnen leben und gleichzeitig Bindeglieder in die ganze Welt.

Die deutschen Städte müssen weltoffen sein. Sie sind Heimat für alle Menschen, die in ihnen leben – ungeachtet von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Identität – und gleichzeitig Bindeglieder in die ganze Welt. Der Respekt vor der Würde des Einzelnen steht im Mittelpunkt ihres Handelns. Sie wenden sich gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie zum Beispiel Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und bieten den Raum für die Begegnung und den Austausch verschiedener Kulturen auf Augenhöhe. Dabei achten sie die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit und Identität.

Die Städte stellen sich der Herausforderung der Integration geflüchteter Menschen. Integration findet vor Ort statt, in den Kitas, in den Schulen, am Arbeitsplatz. Sie ist jedoch auch eine kulturelle Aufgabe. Integration gelingt letztlich dann, wenn die Kulturen miteinander verbunden sind, sich gegenseitig bereichern und eine gemeinsame Basis entsteht. Unabdingbar ist dabei, in einem wertschätzenden Miteinander, mit Offenheit und Durchlässigkeit und unter Achtung demokratischer Grundwerte zu agieren.

These 5

Alle Menschen, die in einer Stadt leben, sind Mitglied der Stadtgesellschaft. Sie brauchen Identität und Zugehörigkeitsgefühl. Durch den interkulturellen Austausch kann eine gemeinsam getragene Identität gefördert werden.

Auch mithilfe kultureller Angebote und Aktivitäten sollen alle Menschen gemeinsam in ihrer Stadt eine Heimat finden und sich zugehörig fühlen, ohne andere ab- oder auszugrenzen. Kunst und Kultur können mit kreativen und neuen Ansätzen dazu beitragen, den einfachen Parolen der Populisten eine wertebasierte und gemeinsam getragene Identität entgegenzusetzen. Die Städte unterstützen diesen Prozess zum Beispiel mit Angeboten des interkulturellen Austausches.

Der *Deutsche Städtetag* unterstützt vor diesem Hintergrund die 15 Thesen der »Initiative kulturelle Integration« (www.kulturelle-integration.de).

These 6

Die Städte stellen sich mit den Instrumenten der kulturellen und politischen Bildung den neuen Herausforderungen der Globalisierung mit ihren komplexen Auswirkungen für Individuum und Gesellschaft.

Die zunehmende Globalisierung hat komplexe Auswirkungen für das Individuum und die Gesellschaft. Neben den Vorteilen von internationalen Austausch-

prozessen in vielen Bereichen birgt die Globalisierung jedoch auch die Gefahr für eine wachsende soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich dramatisch, und viele Menschen empfinden durch die zunehmende Internationalisierung auch auf kulturellem Feld einen Verlust der eigenen Identität. Durch die hohe Komplexität und Geschwindigkeit des Wandels werden viele ökonomische und gesellschaftliche Prozesse für sie unüberschaubar.

Die Städte setzen sich dafür ein, die Chancen der Globalisierung nutzbar zu machen, die Risiken zu benennen und mögliche negative Folgen soweit wie möglich zu begrenzen. Dafür investieren sie in kulturelle und politische Bildung.

These 7

Kunst und Kultur wirken politisch. Sie beziehen Stellung zu aktuellen politischen Entwicklungen und wirken als Gegenspieler einer autoritären oder repressiven Politik.

Kunst und Kultur beziehen Stellung zu den aktuellen politischen Entwicklungen und wirken als Gegenspieler*in einer autoritären, repressiven Politik, die Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Intellektuelle oftmals zuerst trifft. Die Städte unterstützen Künstler*innen, Kulturschaffende und andere engagierte Gruppen in ihrem Widerstand gegen repressive politische Strukturen und antidemokratische Einstellungen. Die Freiheit der Kunst zu schützen, ist elementarer Bestandteil der demokratischen Grundordnung.

These 8

Die deutschen Städte bekennen sich ausdrücklich zur Europäischen Union und unterstützen gemeinsame kulturelle Aktivitäten.

Die deutschen Städte bekennen sich ausdrücklich zu einer Europäischen Union, die Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie garantiert. Sie begrüßen und unterstützen die neuen kulturellen und politischen Bewegungen, die sich für ein geeintes Europa und eine offene Gesellschaft stark machen und bieten die vor Ort erforderlichen Bewegungs- und Aktionsräume dafür an. Sie engagieren sich aktiv in gemeinsamen kulturellen Aktivitäten wie zum Beispiel dem »Europäischen Kulturerbejahr 2018«.

Der *Deutsche Städtetag* hat eine Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union verabschiedet, die über die Internet-Seite abgerufen werden kann.